Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Sit back and watch Europe commit suicide
2. Folgen eines Embargos: Kein Glas ohne russisches Gas
3. Russlands Schachzug bedroht den König
4. Russisches Gas und die deutsche Energiewende: Perspektive Gelbwesten
5. Hohe Inflation bringt viele Menschen in Existenznot
6. Sahra Wagenknecht im Interview: „Ich bin kein bedingungsloser Pazifist“
7. Massakerbilder: Unbedingter Kriegswille
8. Türkei erwägt Normalisierung der Beziehungen zu Syrien
9. Wenn die humanitäre Hilfe fehlt
10. Ernährungssicherheit: Hungerkrise systemgemacht
11. Impfpflicht abgelehnt: “Entscheidung gegen schlecht gemachtes Gesetz”
12. Erwerbsarmut und finanzielle Abhängigkeit in Paarhaushalten
13. Lernen ohne Google
14. Neue Studie: Die Arktis ist voller Plastikmüll
15. Frankreich vor der Präsidentenwahl: Aufholjagd à la Le Pen

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Sit back and watch Europe commit suicide**
   If the US goal is to crush Russia’s economy with sanctions and isolation, why is Europe in an economic free fall instead?
   The stunning spectacle of the European Union (EU) committing slow motion hara-kiri is something for the ages. Like a cheap Kurosawa remake, the movie is actually about the US-detonated demolition of the EU, complete with the rerouting of some key

Russian commodities exports to the US at the expense of Europeans.
It helps to have a 5th columnist actress strategically placed – in this case astonishingly incompetent European Commission head Ursula von der Lugen – with her vociferous announcement of a crushing new sanctions package: Russian ships banned from EU ports; road transportation companies from Russia and Belarus prohibited from entering the EU; no more coal imports (over 4.4 billion euros a year).
In practice, that translates into Washington shaking down its wealthiest western clients/puppets. Russia, of course, is too powerful to directly challenge militarily, and the US badly needs some of its key exports, especially minerals. So, the Americans will instead nudge the EU into imposing ever-increasing sanctions that will willfully collapse their national economies, while allowing the US to scoop everything up.
Quelle: The Cradle.co

Anmerkung unseres Lesers T.H.: *Absolut lesenswerte Analyse.*

dazu auch: **Mit Sanktionen in die Sackgasse**
Mit dem fünften Sanktionspaket der EU soll auch das letzte Tabu fallen – die Energie. Doch jetzt rächt sich, dass die Europäer ohne eigene Strategie in den Wirtschaftskrieg gezogen sind.
Die Geschichte ist voller Beispiele für gescheiterte Sanktionen. Kuba, Nordkorea, Iran, Venezuela, Belarus – nirgendwo haben die USA und ihre Verbündeten die postulierten hehren Ziele erreicht. Immer wieder trafen die vermeintlich gerechten Strafen die Falschen, meist die kleinen Leute. Die Europäische Union hat nun ein weiteres, unrühmliches Beispiel hinzugefügt.
Es geht um die vier Sanktionspakete, die die EU seit Beginn des Ukraine-Krieges gegen Russland geschnürt hat. Seit vielen Monaten habe man daran gearbeitet, betont Kanzler Olaf Scholz, alles sei bestens vorbereitet. Das seien die massivsten und präzisesten Sanktionen, die Brüssel je verhängt habe, brüstet sich EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.
Doch offenbar haben die „Präzisionswaffen“ ihr Ziel verfehlt. Der Krieg in der Ukraine geht weiter – brutaler und mörderischer denn je. Die Wirtschaft in Russland hat sich erholt – der Rubel steht fast wieder auf Vorkriegsniveau. Und außer den USA, Großbritannien und Japan macht kaum jemand mit – China hat der EU gerade erst einen Korb gegeben.
Quelle: Eric Bonse auf Makroskop

und: Egoistische kaltherzige US-amerikanische „moralische Korrektheit“
Inmitten der westlichen Sanktionen gegen Russland, die aus dem Konflikt zwischen Russland und der Ukraine resultieren, gibt es eine kontroverse Debatte darüber, ob

die EU die Einfuhr von russischem Öl und Gas verbieten sollte. Die EU-Länder müssen mehr als 40 Prozent ihres Gases und etwa 30 Prozent ihres Öls aus Russland einführen. Das bedeutet, dass ein Verbot der Einfuhr von russischem Öl und Gas nicht nur die russische Energiewirtschaft, sondern auch die EU selbst schwer treffen würde. Der österreichische Außenminister Alexander Schallenberg meint, wenn die EU die Einfuhr von russischem Gas verbiete, träfe das am Ende die EU-Länder selbst. Der ungarische Außenminister Szijjártó Péter hat ebenfalls deutlich gemacht, dass er ein Gas-Embargo gegen Russland nicht unterstützen werde.
US-Präsident Joe Biden sagte kürzlich: „Ich weiß, dass die EU etwas zu verlieren hat, wenn sie kein russisches Gas importiert, aber es ist moralisch richtig, das zu tun.“ Einerseits nutzen die USA die Gelegenheit des Russland-Ukraine-Konflikts, um ein „Kriegsglück“ zu machen, und andererseits entführen sie Europa, indem sie sagen, dass dies „moralisch richtig“ sei, während sie die von Europa erlittenen Verluste ignorieren. Dies offenbart die egoistische und gefühllose Natur der USA.
Quelle: CRI online

Anmerkung Christian Reimann: *“Follow the money” ist wohl das Motto von US-Präsident Biden (und seiner Familie) sowie der hinter ihm stehenden Vermögenden. Viele Entscheidungsträger innerhalb der EU möchten die Bevölkerung zugunsten der US-Interessen auf Verzicht einschwören.*

2. **Folgen eines Embargos: Kein Glas ohne russisches Gas**
Viele energieintensive Betriebe sehen nicht nur ihre Produktion in Gefahr, falls Gasimporte aus Russland kurzfristig enden sollten. Sie warnen auch vor schwer gestörten Lieferketten – wie ein Beispiel aus der Glasindustrie zeigt.
Ein breites rot-orange glühendes Band aus Glas schiebt sich über die Rollen des Förderbandes. Bis auf 1600 Grad Celsius müssen die Rohstoffe in der Schmelzwanne erhitzt werden. Und diese Temperatur muss dann rund um die Uhr gehalten werden, damit das Rohglas nicht aushärtet und die Anlagen nicht beschädigt werden.
“Normalerweise stellt man den Schmelzvorgang nur einmal ab, um die Wanne neu zu bauen” sagt Torsten Schröter, Geschäftsführer der Glasmanufaktur Brandenburg (GMB) in Tschernitz im Süden des Bundeslandes.
Etwa zehn Millionen Quadratmeter Spezialglas für Solaranlagen und Treibhäuser werden hier im Jahr hergestellt. Das kostet eine große Menge Energie, die bisher durch russisches Erdgas geliefert wird – seit 15 Jahren bereits und derzeit alternativlos, sagt der Geschäftsführer. Die Anlage könne nicht einfach auf Kohle oder Öl umgerüstet werden. Das sei technisch nicht möglich. Es gebe langfristig die Vision, auf Wasserstoff umzusteigen. Aber dafür fehle noch die Infrastruktur.

Quelle: tagesschau

3. **Russlands Schachzug bedroht den König**
   Was genau bedeutet die vielbemühte Zeitenwende? Absehbar möglich erscheint das Ende des Dollar als Hauptweltreservewährung und eine Neuzentrierung des Weltwirtschaftssystems.
   Was passiert ist, markiert eine neue Zweiteilung der Welt und den Auftakt zum Ende des US-Dollar als einzige Weltreservewährung: Russland hat angekündigt, ab sofort Kaufpreisschulden für Erdöl- und Erdgaslieferungen erst dann als getilgt anzusehen, wenn der Kaufpreis in Rubel auf einem Konto in Russland gutgeschrieben ist.
   Doch der Reihe nach: Anders als es der deutsche Wirtschaftsminister als Ergebnis der G7-Gespräche verkündet hat, stellt Russlands Ankündigung keinen Eingriff in aktuell bestehende Lieferverträge dar. Die russische Regierung stellt lediglich klar, dass zukünftig die Beschlagnahme von russischen Verkaufserlösen auf Konten außerhalb Russlands, die einen Transfer der Verkaufserlöse auf russische Inlandskonten in Rubel verhindern würde, politisch als Vertragsbruch mit der Folge der sofortigen Einstellung aller Lieferungen angesehen werden kann.
   Russland kündigt hier – im Gegensatz zu den finanziellen Sanktionen des Westens "aus der Hölle" – sehr irdische Gegensanktionen mit verheerenden wirtschaftlichen Folgen insbesondere für die EU-Staaten und Deutschland an.
   Ungleich bedeutender ist allerdings die Aussicht, dass Russland zukünftige Lieferverträge gegenüber Staaten, die sich an Sanktionen beteiligen, nur noch in Rubel abschließen wird, die politische Kategorie also in eine juristische überführen wird.
   In zukünftigen Verträgen tritt damit auch juristisch die Erfüllung der Kaufpreisschuld erst mit Gutschrift in Rubel in Russland ein. Mit welcher Ausgangswährung die Rubel gekauft werden, spielt keine Rolle.
   Da Russland daneben auch bereit ist, Zahlungen von nichtwestlichen Staaten (beispielsweise Indien) in deren Nationalwährung statt in Dollar zu akzeptieren, wird der Dollar als internationale Transaktionswährung für fossile Rohstoffe (und bald wohl auch für andere) im Umfang russischer Rohstoffexporte entsprechend an Bedeutung verlieren.
   Setzt man hinzu, dass auch Saudi-Arabien, der Pfeiler des Petro-Dollar, mit China über Erdöllieferungen in chinesischen Yuan verhandelt, zieht die Vermeidung des Dollar als internationale Rohstoffwährung immer weitere Kreise.
   Quelle: Makroskop
4. **Russisches Gas und die deutsche Energiewende: Perspektive Gelbwesten**
   Ganz schnell von Wladimir Putin und russischem Gas unabhängig zu werden, das wünschen sich jetzt viele. Doch die Realität ist ernüchternd. Der Ökonom Marcel

Fratzscher warnt
Und zwischendrin verkündet der Wirtschaftsminister mal eben die Verstaatlichung: Montagnachmittag, Robert Habeck tritt vor die Presse, der nächste Termin wartet, die Zeit ist knapp, die Botschaft klar: Das Bundeswirtschaftsministerium setzt per Anordnung die Bundesnetzagentur als Treuhänderin für die Gazprom Germania Gruppe ein.
Eine echte Verstaatlichung ist das, genau genommen, noch nicht. Vorübergehend, bis Ende September, übernimmt der deutsche Staat anstelle des Kremls die Kontrolle über bedeutende Teile der hiesigen Gas-Infrastruktur – Handel, Transport, Betrieb von Gasspeichern. Doch vorausgegangen war dem ein nebulöser Zug Moskaus. Am vorangegangenen Freitag hatte Gazprom angekündigt, sich von seiner deutschen Tochter trennen und diese liquidieren zu wollen. Weil der Konzern dabei gegen die Meldepflicht verstoßen und eine nötige Genehmigung des Bundeswirtschaftsministeriums nicht eingeholt haben soll, schritt Habeck zur Tat: Die Anordnung diene „dem Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und der Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit“. Letztere sei, und dieser Satz fehlt derzeit bei kaum einem Auftritt Habecks, „aktuell gewährleistet“. Wie lange gilt das wohl noch? Bedeutende langfristige Verträge über die Lieferung von Gas aus Russland nach Deutschland laufen über die Gazprom Germania – ist deren Erfüllung gewährleistet?
Quelle: der Freitag

5. **Hohe Inflation bringt viele Menschen in Existenznot**
   Jeder siebte Erwachsene kann angesichts der stark gestiegenen Preise kaum noch seine Lebenshaltungskosten bestreiten. Mehr als die Hälfte der Bundesbürger zeigt sich in einer Umfrage sehr beunruhigt über die hohe Teuerungsrate.
   Die stark gestiegenen Verbraucherpreise werden für immer mehr Menschen zur Belastung. Etwa jeder siebte Erwachsene in Deutschland (15,2 Prozent) kann nach eigenen Angaben kaum noch seine Lebenshaltungskosten bestreiten, wie eine aktuelle YouGov-Umfrage im Auftrag der zum Deutsche-Bank-Konzern gehörenden Postbank ergab. Bei der Vergleichsumfrage im Januar lag der Anteil derjenigen, die angaben, dass die hohe Inflation ihre Existenz bedrohe, noch bei 11 Prozent.
   Quelle: FAZ

   dazu auch: **Heiner Flassbeck: Darum werden einige ihr blaues Wunder erleben // Mission Money**
   Die Inflation auf Rekord-Niveau: Wie bekommen wir das Problem in den Griff? Wir fragen nach bei Heiner Flassbeck. Der bekannte Ökonom stellt eine gewagte These auf: Die Inflation werde einfach verschwinden und einige Experten noch ihr blaues

Wunder erleben. Was dahintersteckt und warum Flassbeck einen Blackout in Deutschland fürchtet und warum es ihn wahrscheinlich bräuchte, um unserer Politiker zur Vernunft zu bringen.
Quelle: YouTube

6. **Sahra Wagenknecht im Interview: „Ich bin kein bedingungsloser Pazifist“**
Die Linkenpolitikerin spricht über ihre hochumstrittene Haltung zum Ukrainekrieg, die vielen Fernsehauftritte und ihre Ablehnung jeder Art von Impfpflicht.
Berliner Zeitung: Frau Wagenknecht, Ihre Position zum Krieg in der Ukraine wurde kontrovers aufgenommen, Ihr Fraktionskollege Gregor Gysi äußerte sogar Entsetzen. Könnten Sie noch einmal kurz zusammenfassen, was passiert ist?
Sahra Wagenknecht: Das ist ein verbrecherischer, völkerrechtswidriger Krieg, für den es keine Rechtfertigung gibt. Aber das ändert natürlich nichts daran, dass dieser Krieg eine Vorgeschichte hat und dass es genauso falsch ist, über sie nicht mehr zu reden. Zur Vorgeschichte gehört, dass nach dem Ende des Kalten Krieges die Chance vertan wurde, mit Russland gemeinsam eine neue Sicherheitsordnung, eine europäische Friedensordnung zu entwickeln. Die Amerikaner waren nur an einem interessiert: ihre Rolle als einzige Weltmacht zu zementieren und Russland kleinzuhalten. Zu dieser Strategie gehörte, die amerikanische Einflusszone auf all die Gebiete auszuweiten, aus denen sich Russland nach dem Fall des Eisernen Vorhangs zurückgezogen hatte. Das hat die russische Führung immer kritisiert: Die Nato-Osterweiterung, die Raketenbasen in Osteuropa, die einseitige amerikanische Aufkündigung wichtiger Abrüstungsverträge, das demonstrative Ignorieren des UNO-Sicherheitsrats. Es wurde in den letzten Jahren schon deutlich, dass die Ukraine eine rote Linie ist. Es ist immer wieder gesagt worden, dass Russland einen möglichen Nato-Beitritt oder die faktische Integration der ukrainischen Streitkräfte in die Nato – es waren ja 2021 schon 2000 US-Soldaten in der Ukraine und auf ihrem Territorium haben Nato-Manöver stattgefunden –, dass Russland das nicht hinnehmen wird.
Quelle: Berliner Zeitung
7. **Massakerbilder: Unbedingter Kriegswille**
An der Aufklärung des Geschehens im Ukraine-Krieg hat der Westen kein Interesse. Nur an der Verlängerung des Mordens – vom Maidan und Odessa bis Butscha
Neun Busse wurden am Dienstag in Kiew bereitgestellt, um Blogger und Journalisten in den Vorort Butscha, aus dem seit Sonnabend Fotos von einem Massaker an der Zivilbevölkerung verbreitet werden, zu fahren. Das Resultat dieser eingebetteten Tour ließ sich am Mittwoch auch in deutschen Zeitungen nachlesen, in denen allerdings das Urteil über die Urheber des Mordens vorab gefällt war: ein Kriegsverbrechen der Russen. Das hatte der Kanzler vorgegeben. Am Sonntag formulierte Olaf Scholz (SPD):

»Diese Verbrechen des russischen Militärs müssen wir schonungslos aufklären.« Er verlangte, »dass internationale Organisationen wie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz Zugang erhalten zu diesen Gebieten, um die Greueltaten unabhängig zu dokumentieren«. Bis zum Donnerstag war nicht zu hören, dass internationale Sachverständige vor Ort sind. Unterdessen werden weiter Spuren und Beweismittel vernichtet.
Quelle: junge Welt

8. **Türkei erwägt Normalisierung der Beziehungen zu Syrien**
   Nach dem jüngsten Besuch von Baschar al-Assad in Abu Dhabi erwägt nun auch die Türkei, ihre Beziehungen zu Syrien wieder zu normalisieren. In Ankara hofft man offenbar, dass die Normalisierung der Beziehungen beider Länder auch die Rückkehr syrischer Flüchtlinge in ihr Heimatland erleichtern könne.
   Der syrische Präsident Baschar al-Assad besuchte kürzlich Abu Dhabi und traf sich dort mit führenden Politikern der Vereinigten Arabischen Emirate. Dieses Zusammentreffen machte deutlich, wie sehr sich die Golfstaaten inzwischen vom Westen entfernt haben und sich damit auf einen Nahen Osten ohne starke US-Präsenz vorbereiten. Nun prüft auch die Türkei die Möglichkeiten, Gespräche mit der syrischen Regierung wieder aufzunehmen und ihre Beziehungen zu Syrien zu normalisieren. Das berichtet Press TV unter Berufung auf die türkische Zeitung Hürriyet am Mittwoch.
   Die türkische Zeitung berichtet, dass die bereits bestehenden Beziehungen zwischen Damaskus und Ankara – trotz des andauernden Ukraine-Krieges – verbessert werden könnten. Für Ankara stünden vor allem drei Themen auf Tagesordnung: die Aufrechterhaltung der einheitlichen Struktur und territorialen Integrität Syriens, die Gewährleistung der Sicherheit der syrischen Flüchtlinge, die in ihr Land zurückkehren könnten, und die Aktivitäten der PKK in Syrien.
   Quelle: RT DE
9. **Wenn die humanitäre Hilfe fehlt**
   Afghanistan, Jemen, Äthiopien: vergessen wir angesichts des Ukraine-Krieges die anderen Krisen? Das wäre ein großer Fehler, meint der ehemalige stellvertretende UN-Generalsekretär für Menschenrechte, Andrew Gilmour
   Wolodymyr Selenskyj hätte es nicht deutlicher ausdrücken können. „Die Welt muss mit Putin reden“, sagte er am 3. März. „Es gibt keinen anderen Weg, diesen Krieg zu beenden.“ Wir sollten darauf hören. Trotz unserer Wut über die grundlose Aggression, die Bombardierungen, das Leid und die grotesken Lügen. Und trotz des verständlichen Wunsches, unsere militärische Sicherheit angesichts der russischen Bedrohung zu stärken, sollten Deutschland und andere NATO-Staaten Verhandlungen immer noch Vorrang einräumen.
   Das Letzte, was viele Menschen jetzt unterstützen wollen, ist ein Dialog mit einer

Regierung, die solche Gräueltaten verübt. Aber es ist nicht abzusehen, wie dieser Albtraum für das ukrainische Volk ohne Gespräche zu beenden ist. Es mag tröstlich sein, sich auf „harte“ Sicherheitsmaßnahmen zu berufen, die wir glücklicherweise finanzieren können, aber es ist nichts „weiches“ daran, sich mit Verhandlungen für die Beendigung eines verheerenden Krieges und der drohenden Vernichtung einzusetzen.
Quelle: der Freitag

10. **Ernährungssicherheit: Hungerkrise systemgemacht**
Agrarpolitik: EU-Minister wollen wegen Ukraine-Krieg Ökoflächen für Anbau nutzen – BUND sieht darin Vorwand
Der Druck ist enorm, die Situation akut: Nahrungsmittel sichern, Ernährungssysteme umbauen, Hungersnöte eindämmen. Der Ukraine-Krieg beschleunigt nach Angaben des Direktors des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen (WEP) in Deutschland, Martin Frick, die Massenverelendung dramatisch. »Je nach Dauer des Krieges könnten zwischen 33 und 47 Millionen Menschen zusätzlich in Hunger und Armut abrutschen«, sagte er am Donnerstag gegenüber dpa. Bereits vor Beginn des Krieges waren rund 280 Millionen Personen unmittelbar vom Hungertod bedroht. Ein Rekordniveau.
Quelle: junge Welt
11. **Impfpflicht abgelehnt: “Entscheidung gegen schlecht gemachtes Gesetz”**
Steffen Augsberg ist Mitglied im Deutschen Ethikrat. Der Rechtswissenschaftler sagt im Gespräch zur gescheiterten Impfpflicht: “Ich bin zuversichtlich, dass wir ohne eine Impfpflicht durch den nächsten Winter kommen werden”. […]
Hätte eine Impfpflicht bei all diesen Variablen, wenn es sie gegeben hätte, rechtlich standgehalten?
Augsberg: Es wäre schwierig geworden, weil wir uns eine Impfpflicht vor allen Dingen dann vorstellen können, wenn es für den tiefreichenden Eingriff in Grundrechte, den das bedeutet, eine überzeugende Begründung gibt. Das ist der Fall, wenn wir einen Fremdschutz vermitteln können. Bei der derzeitigen Situation mit der Omikron-Variante ist das kaum der Fall. Da sind auch die Geimpften ansteckend. Die Impfung schützt uns nur vor schweren Verläufen – das ist natürlich etwas Gutes und deshalb sollten sich die Leute auch impfen lassen, aber auf freiwilliger Basis, um sich selbst zu schützen. Das, was wir teilweise als Argumente gehört haben, ist durchaus dürftig: einerseits die Variante “was könnte sein” und andererseits “wir haben schon jetzt in den Krankenhäusern Engpässe, weil Personen erkrankt sind”. In den Krankenhäusern und Pflegeheimen sind die Bediensteten weitestgehend geimpft, sind sogar gesetzlich verpflichtet, sich impfen zu lassen – und trotzdem erkranken sie.
Quelle: NDR
12. **Erwerbsarmut und finanzielle Abhängigkeit in Paarhaushalten**

In Österreichs Paarhaushalten haben erwerbstätige Frauen, gemessen an ihrem Einkommen, ein höheres Risiko, in Armut abzurutschen, als erwerbstätige Männer. Insbesondere Mütter sind häufig auf das Einkommen ihres Partners angewiesen, um nicht armutsgefährdet zu sein. Doch warum wissen wir bisher nur wenig über individuelle Erwerbsarmutsrisiken bei Paaren und wie diese zwischen den Geschlechtern verteilt sind? Welche weitreichenden Folgen hat das Phänomen insbesondere für Frauen und inwiefern kann allgemeine Arbeitszeitverkürzung ein Lösungsansatz sein?
Quelle: A&W blog

13. **Lernen ohne Google**
Digitaler Schulunterricht funktioniert auch ohne die Programme der großen Unternehmen. Barcelona setzt mit Erfolg auf offen zugängliche Software.
Sobald Mireia Gómez ihren Computer einschaltet, erscheint ein Bildschirm voller Anwendungen. Es sieht fast so aus, als wäre es das Software-Paket für Schulen von Google – ist es aber nicht. Was da zu sehen ist, heißt „Demokratische Digitalisierung", kurz „DD". „Alles basiert auf offener Software", erklärt die Lehrerin an der Montseny-Schule, einer Grundschule in Barcelona. Gómez gehört zu einer Gruppe von Eltern und Lehrern, auf deren Initiative DD zurückgeht. (…)
Im Zentrum von DD steht Moodle, ein freies Kursmanagementsystem, das weltweit von über 200.000 Einrichtungen benutzt wird. „Doch DD ist wesentlich mehr. DD integriert andere Open-Source-Anwendungen", sagt Levi.
Einige Beispiele: BigBlueButton ersetzt die in Zeiten des Homeoffice überall bekannt gewordenen Dienste für Videokonferenzen kommerzieller Anbieter. Geschrieben und kalkuliert wird mit OnlyOffice, Nextcloud hilft beim Speichern von Daten und bietet die Möglichkeit, gemeinsam an Dokumenten zu arbeiten. Nur bei Videos greift auch DD mit Youtube auf Google zurück. Die meisten Filme für den Unterricht lassen sich nur dort finden. (…)
Das katalanische Bildungsministerium stellt den 4.500 Schulen der Region drei Alternativen zur Wahl. Chromebook von Google, Computer mit Windows und solche mit Linkat, einer Version von Linux. Knapp drei Viertel der Schulen haben sich für Windows entschieden, etwa 23 Prozent für Google und gerade einmal gut 3 Prozent für die Open-Source-Alternative Linux.
Quelle: taz

14. **Neue Studie: Die Arktis ist voller Plastikmüll**
Die Arktis ist längst keine unberührte Wildnis mehr: Laut einer Studie des AWI ist dort die Verschmutzung mit Plastikmüll ähnlich hoch wie in anderen Regionen der Welt. Das könnte auch Folgen für den Klimawandel haben.
Die Arktis ist einer aktuellen Übersichtsstudie zufolge inzwischen ähnlich stark mit

Plastik vermüllt wie dicht besiedelte Regionen. Hohe Konzentrationen von Mikroplastik fänden sich im Wasser, am Meeresboden, an unbewohnten Stränden, in Flüssen und selbst in Eis und Schnee, berichten Forschende des Bremerhavener Alfred-Wegener-Instituts (AWI) im Fachmagazin "Nature Reviews Earth & Environment". Folgen habe das für die Lebewesen dort, aber womöglich auch fürs Klima.
"Die Arktis wird noch immer als weitgehend unberührte Wildnis wahrgenommen", sagte die AWI-Biologin Melanie Bergmann, Mitautorin der Analyse. Dieses Bild entspreche aber nicht mehr der Realität. Nicht nur der Klimawandel schlage in den nördlichen Breiten besonders hart zu, auch die Plastikflut habe den Arktischen Ozean schon längst erreicht. "Unsere Studie zeigt, dass die Plastikverschmutzung in der Arktis bereits ähnlich hoch ist wie in anderen Regionen der Welt."
Quelle: tagesschau

15. **Frankreich vor der Präsidentenwahl: Aufholjagd à la Le Pen**
Die rechtsextreme Kandidatin ist Amtsinhaber Macron dicht auf den Fersen. Ihre Inszenierung als Kümmerin für sozial Benachteiligte scheint anzukommen.
Im Hauptquartier des französischen Staatschefs Emmanuel Macron wächst, wenige Tage vor der ersten Runde der Präsidentschaftswahl, die Nervosität. Eigentlich wollen Macrons wichtigste Berater ihm zum Gelingen seiner großen Wahlveranstaltung am 2. April gratulieren. Doch Nicolas Sarkozys ehemaliger Minister Éric Woerth, der erst kürzlich hinzugekommen ist, verdirbt ein wenig die Stimmung. „Okay, aber was sagen wir zu Marine Le Pen?", fragt er.
Die rechtsextreme Kandidatin des Rassemblement national (RN) könnte Macron gefährlich werden, denn sie hat aufgeholt. Jüngste Umfragen sehen Le Pen bei 23,5 Prozent und damit nur noch 3,5 Prozentpunkte hinter dem Amtsinhaber.
Diese Werte haben das Selbstbewusstsein des gewöhnlich sehr siegesgewissen Präsidenten ein klein wenig erschüttert.
Quelle: taz